



Auszug aus dem substanziellen Protokoll

188. Ratssitzung vom 16. März 2022

5074. 2021/73

Motion der GLP-Fraktion vom 03.03.2021:

Einheitliche Regelung betreffend Nutzung des öffentlichen Grunds durch Elektro-ladestationen, Erlass einer Verordnung

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenezunehmen.

Sven Sobernheim (GLP) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 3623/2021) und ist einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln: Unser erstes Ziel in der Mobilität ist es, den Verkehr zu reduzieren. Das zweite Ziel ist die Verlagerung des Verkehrs, aber unser drittes Ziel muss sein, den MIV in der Stadt zu elektrifizieren. Dass es nicht vorwärts geht, zeigt der Stadtrat in seiner Antwort, in der er eine Strategie bis Ende 2021 in Aussicht gestellt hatte. Heute darf ich sagen, dass ich diese Strategie nicht gefunden habe. Daraus muss man das Fazit ziehen, dass diese Motion wichtiger ist, denn je. Hybridautos machen einen grossen Sprung, immer mehr Menschen kaufen sie. Das ist aber etwa das Dummste, was man tun kann. Hybridautos haben die Nachteile beider Technologien: Beide Tanks sind zu klein, um richtig genutzt zu werden. Mit der Abwehrrhaltung, die der Gemeinderat gegenüber der Elektromobilität an den Tag legt, fördert er diese Technologie. Mit der vorliegenden Motion wollen wir eine klare und saubere Grundlage schaffen, bei der wir sagen können, die grössten Kritikpunkte wurden aufgenommen. Sie würde uns einen Schritt weiterbringen. Im Gegensatz zu Deutschland kennen wir in der Schweiz kein «Recht auf Laden». In der Schweiz können Sie ihr Elektroauto heute vor allem bei Unternehmen, die im Verkauf von Lebensmitteln tätig sind, laden. Ansonsten sind sie auf ihre eigene Tiefgarage angewiesen. Da wir in der Stadt keine Einfamilienhausbesitzenden fördern wollen, muss der öffentliche Grund dieses Problem in Angriff nehmen. Man muss etwas Positives an der Antwort des Stadtrats sehen: Zum ersten Mal unterscheidet er zwischen schnellem und langsamem Laden und er ist sich bewusst, dass es langsames Laden braucht. Der Wandel ist zu begrüßen. Wir müssen aber einen Schritt weiter gehen, den Druck aufrechterhalten, dem Stadtrat ein Zeichen geben, damit die Elektromobilität in der Stadt vorwärts gehen kann. Es ist leider so, dass wir mit dieser Motion keine Mehrheit finden und die Elektromobilität immer noch einen schweren Stand in der Stadt hat. Wenn eine Mehrheit sich zum Postulat durchringen kann, möchten wir der Elektromobilität keine unnötigen Steine in den Weg legen und sind wir mit einer Umwandlung in ein Postulat einverstanden.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.



STR Richard Wolff: *Ich bin mit fast allem einig, was Sven Sobernheim (GLP) gesagt hat. Wir müssen anerkennen, dass die Elektromobilität in der Stadt Zürich noch mehr gefördert werden kann. Einzig glauben wir nicht, dass es eine Motion dafür braucht. Ein Postulat würde reichen. Die Forderung nach einer Verordnung schränkt uns zu fest ein, weil wir am Erarbeiten von einem Elektromobilitätskonzept sind. Im Rahmen dieser Diskussionen denken wir sehr über öffentliche Ladeninfrastrukturen nach. Es ist so, dass wir nicht darauf warten können, bis alle, die ein Elektroauto fahren wollen, über einen Tiefgaragenplatz mit Elektroanschluss verfügen. Auch wenn wir die Autos von der Oberfläche weitgehend weghaben wollen, sollen auch die Autos, die oberhalb parkieren, eine Lademöglichkeit haben. Wie und wo genau, kann ich nicht sagen. Wir arbeiten daran.*

Weitere Wortmeldungen:

Markus Knauss (Grüne) stellt den Ablehnungsantrag zum Postulat: *Sven Sobernheim (GLP) sagt immer, dass die Umstellung auf die Elektromobilität im Fokus stehe, aber hier geht es vor allem um die einseitige Fokussierung auf Ladestationen im öffentlichen Raum. Wir haben einen Fokus auf den öffentlichen Raum und wir nehmen zur Kenntnis, dass wir in der Stadt Zürich eine zunehmende Flächenkonkurrenz haben. Wir haben eine Richtplandebatte hinter uns, in der wir wesentliche Punkte festgehalten haben: Wir wollen zum Beispiel die Veloinfrastrukturen fördern. Velostreifen und -wege stehen in Flächenkonkurrenz zu den Parkplätzen. Wir wollen, um die zunehmende Überhitzung in dieser Stadt aufzufangen, mehr Bäume pflanzen. Nicht nur Parkplätze, sondern auch Leitungen sind ein Problem, weil wir grosskronige und langlebige Bäume haben wollen und Leitungen, die wir zu den Ladestationen legen müssen, stehen dem im Weg. Der Stadtrat argumentiert in seiner Begründung vor allem formal, aber die selektive Wahrnehmung verstehe ich nicht ganz. Die private Nutzung des öffentlichen Raums durch parkierte Autos wollen wir nicht mittragen, weswegen wir den Antrag stellen, die Förderung von Ladestationen im öffentlichen Raum nicht mitzutragen.*

Olivia Romanelli (AL): *Das primäre Ziel ist die Reduktion des motorisierten Individualverkehrs (MIV): das Vermeiden und Verlagern des Autoverkehrs. Wir gehen mit dem Stadtrat und unterstützen den vorgeschlagenen Weg und die anschliessende Aufarbeitung eines Konzepts für Ladestationen. Als Postulat unterstützen wir den Vorstoss.*

Pascal Lamprecht (SP): *Es erschliesst sich für die SP-Fraktion nicht, weswegen zuerst eine Verordnung und dann ein Konzept erarbeitet werden soll, wie es der Stadtrat auch angedeutet hat. Es muss umgekehrt gehen. Wir müssen zuerst ein Konzept haben, das alles einschliesst; nicht nur Ladestationen, sondern die gesamte Elektromobilität. Dann können wir über eine Verordnung als Grundlage diskutieren. Dort werden wir Differenzen haben. Ich habe positiv zur Kenntnis genommen, dass von öffentlichen Ladestationen und nicht von öffentlichem Grund gesprochen wurde. Aus unserer Sicht soll man in Blauen Zonen keine Ladestationen zementieren, aber in Parkieranlagen ist dies durchaus denkbar. Es wurde noch nicht gesagt, dass eine Ladestation nicht gleich Parkplatz ist. Welche Rolle spielen Private und wo kann die Stadt diese unterstützen? Wir unterstützen den Vorstoss als Postulat, als Motion werden wir dies ablehnen.*



3 / 3

Stephan Iten (SVP): *Es ist schade, dass die GLP schwenkt und die Motion in ein Postulat umwandeln lässt. Es sind einige Postulate zu diesem Thema eingereicht worden und noch hängig. Wir haben es bei der Beratung des Verkehrsrichtplans gesehen: Der Stadtrat möchte eigentlich keine Ladestationen. Es ist ein Auftrag, den er von uns kriegt, meistens in der Mehrheit. Er will nicht. Er kommt und sagt: Wir haben Netto-Null bis ins Jahr 2040 verabschiedet. Sagt aber im gleichen Atemzug, dass ein Gesamtkonzept für Ladestationen erstellt wird. Das ist widersprüchlich. Der Verkehr möchte reduziert werden, aber er wird verlagert. Wir müssen uns Gedanken über die Realität machen. Wir haben den Irrglauben der GLP, dass Hybridfahrzeuge nicht das Richtige seien, da sie mit Doppelmotoren fahren. Wenn Fahrzeuge nur in der Stadt rumfahren, macht es nicht viel Sinn. Ein Plug-in-Hybrid macht 50 Kilometer, das schafft man gut in der Stadt. Wenn weitergefahren werden muss, braucht man einen Motor, weil die heutigen Elektroautos technologisch noch nicht so weit sind. Ich kann nicht zwei Fahrzeuge fahren, eines für die Stadt und eines für weiter. In der Antwort steht, die Motion verlangsamt den Prozess. Der Prozess wird nicht durch die Forderung dieser Motion verlangsamt, sondern die Arbeitsgruppe und der Stadtrat und seine Verwaltung verlangsamen den Prozess. Es ist schade, dass die Motion in ein Postulat umgewandelt wird.*

Dominique Zygmunt (FDP): *Es kommt erst dann darauf an, wenn wir über das Konkrete sprechen. Danke STR Richard Wolff, dass Sie Fleisch an den Konchen gebracht haben. Stückweise erhalten wir Informationen, in welche Richtung das mit dem Konzept gehen kann. Wir haben gehört, dass Sie arbeiten – das begrüßen wir. Die Kommission war in Stuttgart. Es ist bemerkenswert, dass die Diskussion, die wir führen, dort bereits umgesetzt wurde. Wenn Sie dort in den öffentlichen Raum sehen, sehen Sie normale Parkplätze, die mit einer Elektroaufladestation versehen sind, die auch genutzt wird. Markus Knauss (Grüne) fand dies schlimm. Wenn man die Transformation zur Elektromobilität will, dann gehören solche Aufladestationen auf öffentliche Parkplätze. Es wird immer Leute geben, die nicht auf ein Elektroauto umsteigen können. Und es soll auch für Leute, die keine eigene Ladestation haben, eine Lademöglichkeit angeboten werden. Auch in Blauen Zonen. Es ist möglich und es würde Zürich guttun, hier weiterzukommen.*

Das Postulat GR Nr. 2022/88 (statt Motion GR Nr. 2021/73, Umwandlung) wird mit 94 gegen 17 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat